

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

In Samt und Seiden-  
en gros **Bändern** en detail  
enorme Auswahl! **Seidenhaus**  
**Carl Schneider**  
Altmarkt 8.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Begrüßung**  
Die Dresdner Nachrichten sind seit ihrer Gründung am 1. März 1856 eine der ältesten und bedeutendsten Zeitungen in Sachsen. Sie sind durch ihre reichhaltige Berichterstattung über die Ereignisse in und aus Sachsen, durch ihre sorgfältige Bearbeitung der Nachrichten aus dem Ausland und durch ihre vielseitige Kulturpolitik eine der wichtigsten Informationsquellen für die Dresdner Bevölkerung.

**Anzeigen-Zarif.**  
Werbung im Dresdner Nachrichten wird nach dem Raum und der Dauer berechnet. Für den ersten Tag in der ersten Spalte des ersten Heftes beträgt die Gebühr pro Zeile 1,50 Mark. Für den zweiten Tag 1,20 Mark, für den dritten Tag 1,00 Mark, für den vierten Tag 0,80 Mark, für den fünften Tag 0,60 Mark, für den sechsten Tag 0,50 Mark, für den siebten Tag 0,40 Mark, für den achten Tag 0,30 Mark, für den neunten Tag 0,25 Mark, für den zehnten Tag 0,20 Mark. Für die übrigen Tage der ersten Spalte des ersten Heftes beträgt die Gebühr pro Zeile 0,15 Mark. Für die übrigen Spalten und die übrigen Hefte der ersten Spalte des ersten Heftes beträgt die Gebühr pro Zeile 0,10 Mark. Für die übrigen Spalten und die übrigen Hefte der übrigen Hefte beträgt die Gebühr pro Zeile 0,05 Mark. Für die übrigen Spalten und die übrigen Hefte der übrigen Hefte beträgt die Gebühr pro Zeile 0,03 Mark. Für die übrigen Spalten und die übrigen Hefte der übrigen Hefte beträgt die Gebühr pro Zeile 0,02 Mark.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Sprechnummer: 11 - 2096 - 3601.

**Buchholz-Hüte**  
sind von **bekanntester Güte**  
nur **Wettinerstrasse 21**

**Schmarotzer des Menschen**  
wie Maden-, Band- u. Spulwürmer vertreibt man mit dem  
vielbewährten **Dr. Küchenmeisters** Warm-  
Medizinalrat **Präparate**.  
Zur Darmreinigungskur im März beleshtes Volksmittel.  
**Salomonis-Apotheke**, Gegründet 1560.

**Dr. Ziegelroths Sanatorium**  
Krummhübel im Riesengebirge.  
Physikalisch-diatetische Behandlung.  
Speziell für Winterkuren eingerichtet.

**Tuchwaren.** Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.**

### Für eilige Leser.

**Entscheidende Witterung:** Südwinde, wärmer, trocken.  
Zum zweiten Vizepräsidenten im Reichstage wurde der Abg. Dove (Volksp.) wiedergewählt.  
Der Aufenthalt des Kaisers in Korfu ist auf drei bis vier Wochen berechnet.  
Auf Bestimmung des Kaisers ist Czrhaven nunmehr endgültig zum vollwertigen Kriegshafen ausserzehen.  
Die Reichsregierung hat die Verstärkung der Militärbesatzung auf Helgoland zum 1. April beschlossen.  
Der englische Industriekongress hat sich bis Dienstag vertagt und der Regierung die Verhandlungen im Grubenarbeiterstreik überlassen.  
In Christiania wurden Roald Amundsen aus Anlaß seiner Entdeckung des Südpols große Ehrungen dargebracht.

## Das Präsidium des deutschen Reichstages.

**Kaempf: Präsident**  
**Dr. Paasche: 1. Vizepräsident**  
**Dove: 2. Vizepräsident.**

Die gestrigen Präsidentschaftswahlen im Reichstag haben ein verblüffendes Ergebnis gebracht. Das nunmehr endgültige Präsidium setzt sich zusammen aus Herrn Kaempf als Präsidenten, Herrn Dr. Paasche und Herrn Dove als Vizepräsidenten. Herr Kaempf und Herr Dove haben demnach ihre Posten behalten, dagegen hat der Sozialist Scheidemann dem Nationalliberalen Dr. Paasche weichen müssen. Wir haben also die in der Geschichte des deutschen Reichstages noch nicht dagewesene Erscheinung, daß zwei Parteien in einer Gesamtheit von 88 Mann sämtliche Präsidentschaften inne haben.  
Nach merkwürdiger wird dieses Ergebnis, wenn man die Parteikonstellationen bei der Wahl berücksichtigt. Herr Kaempf ist gewählt von der gesamten Linken einschließlich der Nationalliberalen, während für Spahn außer dem Zentrum und den Polen die Rechte eingetreten ist. Herr Dr. Paasche dagegen ist gewählt von der Rechten, dem Zentrum und von den Nationalliberalen. Die Fortschrittler und Sozialdemokraten stimmten für den bisherigen ersten Vizepräsidenten Scheidemann. Die 25 unglücklichen Stimmen sind bei den Polen und Welfen zu suchen. Für den Fortschrittler Dove, der 209 Stimmen erhielt, sind dann Rechte, Zentrum und Nationalliberale eingetreten, während die eigenen Fraktionsgenossen Doves abermals für den Sozialdemokraten Scheidemann gestimmt haben. Dr. Paasche sowohl wie Dove sind also gegen den Willen der Linken gewählt, sie verdanken ihre Wahl lediglich der wahrhaft nationalen Haltung der Rechten und des Zentrums.  
Wenn man das äussere Ergebnis der Wahl betrachtet, so wird man zunächst mit Verwunderung schellen können, daß die Schmach vom 9. Februar insofern gesühnt ist, als der deutsche Reichstag von Herrn Scheidemann als Vizepräsidenten befreit worden ist. Nach dem Jubel zu urteilen, den die achtsame Wahl Kaempfs zum Präsidenten im Reichstage hervorgerufen hat, liegt die Annahme nahe, daß die äusserste Linke mit Stille auf die Wahl Scheidemanns rechnete. Als dann Dr. Paasche mit Hilfe der Rechten und des Zentrums den Sieg davontrug, zeigte die ungeborene Erregung auf der äussersten Linken, daß man sich dort verkehrt hatte. Daß der Zentrumsvizepräsident Dove durch seinen Antrag, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu unterbrechen, die Möglichkeit einer Einigung unter den bürgerlichen Parteien schuf, war eine ebenso kluge, wie patriotische Tat. So wurde Herr Dove wider den Willen seiner Partei zweiter Vizepräsident des deutschen Reichstages.  
Die Nationalliberalen haben den Fehler vom 9. Februar nicht wiederholt; soweit sich die Wahl überblicken läßt, hat kein Nationalliberaler für den Sozialdemokraten gestimmt. Der Sturm der Entrüstung, den das Eintreten der Nationalliberalen für Bebel und Scheidemann bei der ersten Präsidentschaftswahl allenthalben entfacht hat, hat auch den linken Flügel der Partei wieder so weit zur Besinnung gebracht, daß er diesmal wenigstens Herrn Scheidemann nicht zum Siege verholfen hat. Das ist erfreulich, wenn es auch eigentlich so ziemlich selbstverständlich sein mußte. Denn es ist ja bekannt, daß die Nationalliberalen es nicht über sich vermocht haben, mit der Rechten und dem Zentrum zu einem Abkommen zu gelangen. Es ist den Nationalliberalen, wie wir zuverlässig wissen, vom Zentrum und von der Rechten das Anerbieten gemacht worden, den Präsidentschaften mit einem Nationalliberalen zu besetzen, während das Zentrum den ersten und die Konservativen den zweiten Vizepräsidenten stellen wollten. In diesem Vorschlage lag ein sehr großes Entgegenkommen der genannten Parteien, da nach dem Stärkeverhältnis die Nationalliberalen erst an dritter Stelle in dieser Parteikonstellation stehen. Die Nationalliberalen haben dieses Anerbieten abgelehnt, da sie kein Präsidium mit dem „blauschwarzen Bloch“ bilden wollten. So war die Lage völlig ungeklärt, und man mußte in der Tat damit rechnen, daß die Vorgänge vom 9. Februar sich am gestrigen Freitag wiederholen würden. Daß diese Schmach und diese Gefahr sich nicht wiederholt haben, das ist das unberechenbare Verdienst der Rechten und des Zentrums.  
Um das Verhalten dieser Parteien recht zu würdigen, muß man sich den vergangenen Wahlkampf vergegenwärtigen. Die Zertrümmerung des „blauschwarzen Blochs“ war die Devise der gesamten Linken, die 110 Sozialdemokraten in den Reichstag verhalf. Selten ist ein Wahlkampf mit so verheerender Wirkung geführt worden, und als nach der Wahl der neue Reichstag zusammentrat, ging der Kampf weiter. Das Ergebnis der ersten Präsidentschaftswahl war eine Frucht dieses ebenso tödlichen wie gefährlichen Kampfes, die Ablehnung jedes Abkommens mit den großen bürgerlichen Parteien zeigte, daß die Nationalliberalen noch immer auf falscher Fährte waren. Dabei stellen Zentrum, Konservative und Nationalliberale in der Tat die allein mögliche Arbeitsmehrheit dar. Der Wahlgang beginnt, die Nationalliberalen gehen mit der Linken und bringen Spahn zu Fall. Der Jubel der Linken mußte die unterliegenden Parteien schwer reizen. Trotzdem treten die Konservativen und das Zentrum geschlossen für den Nationalliberalen ein, und noch mehr, um die Wahl eines Sozialdemokraten zum 2. Vizepräsidenten auf jeden Fall zu verhindern, stimmen die genannten Parteien für den Fortschrittler Dove.  
Die Rechte und das Zentrum haben mit ihrem Verhalten den Dank des gesamten nationalen deutschen Volkes verdient. Die Gefahr, die darin lag, daß ein Sozialdemokrat Vizepräsident des deutschen Reichstages war, ist viel größer, als gewöhnlich angenommen wird. Wer die Sozialdemokratie in den letzten Tagen beobachtet hat, wird gemerkt haben, wie ungemein sahm diese Partei geworden war. Der radikale Flügel war kaum wieder zu erkennen, man wollte „regierungsfähig“ sein um jeden nur annehmbaren Preis. Wäre also ein liberal-sozialdemokratisches Präsidium zustande gekommen, so hätte die Sozialdemokratie sicherlich alles vermieden, was den wahren revolutionären Charakter der Partei zum Vorschein gebracht hätte. Es kam den Genossen alles darauf an, das deutsche Volk einzuschüffeln und langsam, aber sicher mit sozialistischem Geiste zu durchtränken. War dieses Ziel erreicht, dann hätte man das Parlament fallen lassen. Der zweite sozialistische Vizepräsident war für diese Taktik der Genossen ein unschätzbare Agitationsmittel. Diese Gefahr ist in ihrer ganzen Größe von den Konservativen durchschaut worden, und es ist insonderheit ein nicht hoch genug zu schätzendes Verdienst des konservativen Führers von Deydbrand, daß er nicht müde geworden ist, auch den durch den Wahlkampf verbitterten Teil seiner Fraktionsgenossen zu der Ansicht zu bekehren, daß die Wahl eines Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten um jeden Preis verhindert werden müsse.  
Sehr zu bedauern ist es, daß die Nationalliberalen durch ihr Verhalten die Wahl eines Präsidioms der Arbeitsmehrheit verhindert haben. Ob das jetzige Präsidium, das nur ungefähr den fünften Teil der Reichstagsabgeordneten hinter sich hat, wirklich arbeitsfähig sich erweisen wird, bleibt zum mindesten eine Frage der Zukunft. Gestärkt hat die jetzige Wahl die Verhältnisse sicherlich nicht, wenn sie auch einen Fortschritt bedeutet gegenüber der Wahl vom 9. Februar.

**Zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten**  
werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erhielten Dove (Vp.) 209 Stimmen (Beiwahl), Scheidemann (Soz.) 147 Stimmen, Graf Posadowski (Wld) 1 Stimme (Beiwahl links), Dr. Paasche (Ntl.) 1 Stimme (starke Beiwahl rechts), Dr. Müller-Meiningen (Vp.) 1 Stimme (stärkliche Beiwahl rechts und im Zentrum), Davidsohn (Soz.) 1 Stimme (Beiwahl). Für Scheidemann hatte mit den Sozialdemokraten auch die Volkspartei gestimmt, für Dove die Nationalliberalen, die Rechte und das Zentrum. Die Polen enthielten sich, wie schon bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten, der Abstimmung. Abg. Dove ist also gegen die Stimmen seiner eigenen Partei gewählt. Auf die Frage des Präsidenten erwidert Abg. Dove: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an. (Die gesamte Linke bricht in stürmischen Beifall aus. Dove wird von den Nationalliberalen lebhaft begrüßt. Im Zentrum und bei der Rechten erhebt sich brausendes Gelächter.)  
Bei der andauernden Bewegung des Hauses macht Präsident Dr. Kaempf den Vorschlag, in die sachlichen Verhandlungen nicht mehr einzutreten, sondern zu vertagen, was, da sich kein Widerspruch erhebt, um 4 1/2 Uhr geschieht.  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nationalsta.“ hält es für nötig, zu erklären, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion einmütig und geschlossen bei der Präsidentschaftswahl vorgegangen sei, und zwar bei allen drei Abstimmungen für Kaempf, Paasche und Dove. Das Blatt bezeichnet das Wahlergebnis als einen Erfolg des Liberalismus. — Am nächsten Mittwoch wird sich die Wahlprüfungskommission des Reichstages mit den gegen die Wahl Kaempfs vorliegenden Protesten beschäftigen. Sollte, was indes nicht als wahrscheinlich gilt, Kaempfs Wahl für ungültig erklärt werden, so würde zum dritten Male eine Präsidentschaftswahl erforderlich sein.

**Neueste Drahtmeldungen**  
vom 8. März.  
**Die Wehrvorlagen.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die für morgen anberaumte Besprechung der bundesstaatlichen Finanzminister in Berlin ist, wie verlautet, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die bundesstaatlichen Finanzminister sollten in Berlin in Einvernehmen mit dem Staatssekretär erst die Deckungsfrage beschließen, und dann erst sollte die Vorlage an den Bundesrat gehen. Der „Tägl. Rundsch.“ zufolge ist es auch nicht richtig, daß das preussische Staatsministerium die Wehrvorlagen schon verabschiedet habe. Das preussische Staatsministerium habe sich allerdings wiederholt mit den Wehrvorlagen beschäftigt, sei aber bisher zu einer endgültigen Stellungnahme noch nicht gekommen. Der gegenwärtige Stand der Wehrvorlagen ist nach dem genannten Blatte folgender: Die sachlichen Beratungen zwischen den Ressorts über Höhe der Forderungen sind abgeschlossen. In dieser Beziehung ist nach mühevollen Verhandlungen Einigung erzielt worden. Die Schwierigkeit liegt augenblicklich nur in der Deckungsfrage. Hier gibt es nur zwei gangbare Wege: Entweder man greift auf die Erbschaftsteuer zurück oder man verfährt entsprechend den in der Zentrumskommunikation gemachten Vorschlägen und setzt verschiedene Einnahmeposten höher ein und schafft damit, allerdings vorerst auf dem Papiere, höhere Einnahmen. „Mebrigens“, fährt die „Tägl. Rundsch.“ fort, „wollen wir bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß die vielbesprochene Zentrumsumschiffung gar nicht geringes Eigentum der als Autoren genannten Zentrumsvizepräsidenten ist, sondern schon vor Monaten in ihren Grundzügen von einer in Finanzangelegenheiten sehr versierten Persönlichkeit aufgestellt und im Stabe der verbandelten Regierungen Gegenstand von Erwägungen geblieben hat. Der Gedanke, Vermögenssteuern einzuführen, der neulich von gewissen Seiten empfohlen wurde, schickerte an dem entscheidenden Stabe der Bundesräte. Die maßgebenden Stellen stehen unerschütterlich auf dem Standpunkte, daß Vermögenssteuern, wenn ihre Einführung überhaupt in Betracht kommt, den Bundesstaaten überlassen werden müssen, da sie die letzten Steuerquellen für eine Deckung der fortschreitenden Kulturbedürfnisse der Einzelstaaten, nicht vom Reiche verköpft werden dürfen. Es muß dabei berücksichtigt werden, daß die direkte steuerliche Belastung des deutschen Staatsbürgers (Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Kreissteuer, Kirchensteuer usw.) schon jetzt durchschnitlich mehr als ein Fünftel seines Einkommens beträgt und ein weiteres Ansteigen der Steuerlast von den Regierungen der Einzelstaaten für absehbare Zeit als undurchführbar angesehen wird. Die Entscheidung über die Deckung der Wehrvorlagen liegt heute beim Reichsfiskus, der die preussischen Stimmen gibt und damit den maßgebenden Einfluß ausübt. Es tritt auch mit großer Bestimmtheit das Gerücht auf, daß die Stellung des Staatssekretärs vermuthlich entschieden ist, da dieser sich auf bestimmte Vorschläge festgelegt hat, die er mit ihm bestimmten Vizepräsidenten energisch vertritt, trotzdem wenig Aussicht besteht, daß er im Bundesrat durchdringen wird.“  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Rechtssta.“ gibt einer Zuschrift Raum, in der zur Deckung für die Wehrvorlagen vorgeschlagen wird, an Stelle der bisher von den

COGNAC MEUKOW  
ist in sämtlichen Weinhandlungen erhältlich.